

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Ausgabe. — Bezugspreis je Monat 0.90 RM. frei
ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mann“, „Unterhaltungsbillette“. — Durch die Postanstalten
und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein
Schadenersatz geleistet.



Druckanschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Beile kostet bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Ermäßigte Grundpreise nach Preisliste. Der Millimeterpreis für Anzeigen
im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämt-
liche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preis-
liste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.
D. M. XII 500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 12

Dienstag, den 26. Januar 1937

30. Jahrgang

Vor vier Jahren

Deutschlands Schicksalswende

In diesen Tagen führt sich zum vierten Male der Tag, an welchem Deutschlands von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, mit dem Amt des Reichspräsidenten und damit mit der Führung des Deutschen Reiches betraute. Dieser Entscheidung Hindenburgs gingen lange und ernste Beratungen voraus. Denn hier handelte es sich nicht um einen der üblichen Regierungswechsel, hier galt es einen Systemwechsel von schicksalhafter Bedeutung.

Seit der November-Revolution von 1918 herrschten in Deutschland Mächte, die ihre Befehlsstellen außerhalb der deutschen Grenzen haben, und die auch heute noch nur ein Ziel kennen, Deutschland als Großmacht, als Hort der Kultur, als Kraftquell deutschen Geistes zu vernichten. Und wahrlich, bis zu Beginn des Jahres 1933 hatten sie ihr Ziel nahezu erreicht. Gemeinsam mit den Mächten des Verfallenen Ostens war es ihnen gelungen, Deutschlands Kraft und Macht zu brechen, einen einheitlichen deutschen Willen zu verhindern, ein deutsches Volk zu zerstören. Denn über Deutschland flatterte die Fahne des Marxismus, die, mit dem Revolutionszeichen des Bolschewismus versehen, Ausdruck des Willens ihrer Befehlshaber sein sollte, Deutschland dem Bolschewismus auszuliefern.

Deutschland stand am Abgrund. Klassenkampf und Klassenhaß, konfessioneller Machtwort, wirtschaftlicher Eigennutz und jüdische Unmoral hatten das deutsche Volk, das Volk des unbeflegten Weltkriegs, in mehr als drei Dutzend Parteien und Interessengruppen zerhackt. Ein willen- und entscheidungsloses Bürgertum, das sich entweder völlig teilnahmslos von der angeblich unaufhaltsamen zynisch-luxurianten Entwicklung treiben ließ oder von einem partei- und interessenpolitischen Experiment zum anderen taumelte, fand weder den Mut noch die Einsicht, sich den landfremden Fremdvölkern zu widersetzen. Das Antlitz Moskaus trat immer mehr in den Vordergrund des deutschen Schicksals. Der Begriff „Deutschland“ als staatliche und volkliche Einheit schied den Deutschen mit ihrer tausendjährigen Kultur, mit ihren Siegen in tausend Schlachten für Freiheit und Ehre des deutschen Namens und der deutschen Scholle verlorengegangen zu sein. Der verderbliche Einfluß einer land- und rassefremden Schicht hatte fast alle Kreise des deutschen Volkes ergriffen. Man empfand es schon nicht mehr als wider natürlich, daß das herrschsüchtige und ausbeuterische Judentum nach den Anweisungen seiner internationalen Befehlsstellen und in Durchführung des Prager Zionistenkongresses von 1916 alle Macht in Deutschland an sich gerissen hatte, daß sich die Staatsgewalt, die Polizei, das gesamte Kulturleben einschließlich unserer Universitäten, Hoch- und Volksschulen, die Presse, der Rundfunk, die Banken, die Wirtschaft in jüdischer Hand befanden oder unter jüdischem Einfluß standen. Die Cohn, Kase, Silberberg, Kaufst, Zambauer, Randsberg, Selwin, Lewinski, Liebmacht, Lugenburg, Mühsam, Samuels, Toller und Genossen, die zum Teil schon im Jahre 1918 einen deutschen Sowjetstaat unter den Blutströmen feige hingemordeter deutscher Volksgenossen aufzurichten versuchten, haben bis zum Jahre 1933 ihr unheilvolles Werk zur Vernichtung des deutschen Staates, zur Demoralisierung des deutschen Volkes und zur Zerrüttung des deutschen Volkseigentums ausüben dürfen. Namen wie Barmat, Cassigione und Kaufst, Grzesinski, Weiss und Seimann zeigen weiter die Linie auf, die die deutsche Entwicklung seit 1918 gegangen ist.

Sieben Millionen Arbeitslose, ein entrechteter hoffnungsloser Bauernstand, ein verelendeter, verschuldeter Handwerker- und Mittelstand, zusammenbrechende Wirtschaft, zunehmende Verschuldung von Reich, Staat und Gemeinden, Demoralisierung und Korruption auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens, Entchristlichung des Volkes, Bolschewisierung des Geistes: das war das Ergebnis einer vierzehnjährigen Systemzeit, das war das Bild, das Deutschland bot, als an jenem denkwürdigen 30. Januar 1933 Adolf Hitler die Macht übernahm. In seiner historischen Regierungserklärung vom 1. Februar sagte er über das, was er vorfand, knapp und treffend: „Das Elend des Volkes ist entsetzlich. Den hungernden Proletariatsmillionen ist die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerkerstandes gefolgt. Falls sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, würde nicht nur ein Reich zerfallen, sondern eine 2000jährige Erbmasse hoher und höchster Güter menschlicher Kultur und Zivilisation zerstört.“

Aber er stellte nicht nur diese erschütternden Tatsachen fest, sondern zeigte schon damals den Weg an, der gegangen werden mußte, um das deutsche Volk und den deutschen Staat zurückzuführen vom Abgrund auf einen Berg, der zu neuer Höhe, zu neuer Freiheit und zur Wiederherstellung der deutschen Ehre führt: „Oberste und bereitende Aufgabe der nationalen Regierung wird die Wiederherstellung der geistigen und willensmäßigen Einheit des deutschen Volkes sein. Ueber Stände und Klassen hinweg will sie das Volk zum Bewußtsein seiner völkischen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen.“

Regierungserklärung vor dem Reichstag

Das deutsche Volk hört im Gemeinschaftsempfang die Rede des Führers

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels hat folgenden Aufruf erlassen:

An das deutsche Volk!

Am 30. Januar mittags um 13 Uhr spricht der Führer zum Deutschen Reichstag. Sein Wort ist das des deutschen Volkes. Allen Deutschen wird Gelegenheit gegeben werden, am Lautsprecher diese Rede zu hören. In sämtlichen Betrieben, Geschäften und Dienststellen werden die Werktätigen geschlossen am Lautsprecher versammelt sein, und in allen deutschen Häusern wird man am Rundfunkempfänger den Worten des Führers lauschen. Die ausländischen Stellen haben die vorbereitenden Maßnahmen für den Volksempfang eingeleitet.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
gez.: Dr. Goebbels.

Flaggen heraus!

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gibt bekannt:

Aus Anlaß des vierjährigen Bestehens des nationalsozialistischen Reiches werden alle Deutschen aufgefordert, am 30. Januar ihre Häuser und Wohnungen zu beslaggen.
gez.: Dr. Goebbels.

Programm für den 30. Januar

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gibt nachfolgendes Programm für den 30. Januar 1937 bekannt, das in Gemeinschaft mit allen beteiligten Stellen festgelegt wurde.

- 8.00 Uhr: Wecken durch Musik- und Spielannäherungen der Bewegung im ganzen Reich.
- 9.00 Uhr: Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, spricht in der Turnhalle der 1. und 2. Volksschule in Berlin-Neukölln zur deutschen Schuljugend. In allen Schulen des Reiches finden gleichzeitig Schulfeiern statt, in deren Mittelpunkt die Übertragung der Neuköllner Feier steht. Der Schulunterricht fällt danach aus.
- 10.00 Uhr: Vorbeimarsch der Leibstandarte Adolf Hitler vor dem Führer an der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße.
- 13.00 Uhr: Sitzung des Deutschen Reichstages. Abgabe einer Regierungserklärung durch den Führer und Reichskanzler.
- 17.00 Uhr: Zutritt des Reichskabinetts.
- 20.00 Uhr: Der Gau Berlin der NSDAP. bringt dem Führer zur Erinnerung an die Guldung am 30. Januar 1933 einen Fackelzug. Gleichzeitig werden im Reich von den Ortsgruppen der Partei Kameradschaftsabende durchgeführt.

„Ja, der Führer vergißt uns nicht“

WGB-Gutscheine für mehr als 17 Millionen RM.

Auf der Geschäftsstelle meiner NSDAP-Ortsgruppenamtsleitung war ich Zeuge folgender Begebenheit: Ein altes Mütterchen kam mit einem WGB-Gutschein des vergangenen Jahres. Sie habe damals krank gelegen, so sagte sie; der Schein sei ihr dann abhandeln gekommen und nun habe sie ihn wiedergefunden. Es sei doch schade um den Schein und anschaffen müsse sie sich für den Winter noch vieles.

Die Sonderhilfen des 30. Januar

Als die Frau hörte, daß der Schein schon lange wertlos sei, machte sie ein bekümmertes Gesicht. Doch

Damals fiel das prophetische, im In- und Ausland zum Teil ungläubig aufgenommene Wort Adolf Hitlers: „Gebt mir vier Jahre Zeit und dann urteilt und richtet!“ Und Dr. Goebbels schrieb damals im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung und diesem „Aufruf an das deutsche Volk“: „Mein Gott vermöchte das in wenigen Tagen aus dem Boden zu stampfen, was vierzehn Jahre lang in den Boden hineingestampft worden ist. Nur ganz große Maßnahmen können Deutschland noch retten. Die Männer, die diese Maßnahmen zu vollziehen haben, müssen Mut und Kühnheit besitzen, sie bedürfen des Vertrauens des Volkes.“

Die Maßnahmen, die damals Adolf Hitler in seinem ersten Vierjahresplan ankündigte, umfaßten u. a. die folgenden grundsätzlichen Punkte:

1. Gesundung und Entschuldung des deutschen Bauernstandes.
2. Rettung des deutschen Arbeiters aus der Hölle der Arbeitslosigkeit.
3. Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden durch Sparmaßnahmen und gerechten Lastenausgleich.
4. Gesundung des deutschen Handwerker- und Mittelstandes.
5. Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft unter Ausbarmachung der Initiative des einzelnen.

als ihr gleich darauf mitgeteilt wurde, daß das Winterhilfswort am 30. Januar, ebenso wie im Vorjahr, Gutscheine im Werte von einer Mark zum Bezug von Lebensmitteln und Bekleidung verteilte und dabei auch an sie denken würde, freute sie sich sehr und sagte: „Ja, der Führer vergißt uns nicht!“

Die Frau war gegangen und mein Ortsgruppenamtsleiter erzählte: „Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren ganz erheblich gebessert. Das können wir, die wir in vorderster Front der NSDAP-Arbeit stehen, am besten erkennen.“ Arbeitslose haben wir kaum noch zu betreuen; fast nur alte Leute und Kleinrentner kommen noch zu uns, und die meisten von ihnen sagen: „Es fehlt uns an diesem oder jenem, es geht uns aber nicht schlecht.“

Kleider, Wäsche, Schuhe...

Ich habe noch nie einen Gutschein gesehen, unterbrach ich ihn, können Sie mir einen solchen zeigen? Gewiß! Sehen Sie hier — und dann erklärte mir mein NSDAP-Ortsgruppenamtsleiter, was es mit diesen Scheinen auf sich hat: „Das Winterhilfswort verteilt anlässlich des 4. Jahrestages der nationalsozialistischen Revolution zusätzlich 17,1 Millionen Reichsmark in Form von Gutscheinen an solche Volksgenossen, die eine derartige Unterstützung nötig haben. Die Verteilung der Gutscheine beginnt am 30. Januar. Jeder Bedürftige, der einen Gutschein bekommt, darf ihn entweder beim Kauf von Lebensmitteln oder von Kleidern, Wäsche und Schuhen in den einschlägigen Geschäften in Zahlung geben. Wenn der Betreute es jedoch vorzieht, den Schein bis zum 15. Februar einzulösen, ist er verfallen.“

Wann sind die Gutscheine gültig?

Und wie kommen die Gutscheine zu ihrem Gelde? Ich frage ich weiter. „Die Geschäfte haben die Gutscheine spätestens am 28. Februar den Banken, öffentlichen Sparkassen, Girokassen, Stadtbanken, Kommunalbanken, Landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften zur Abrechnung einzulösen. Dort wird den Geschäftsinhabern bei der Auszahlung ein kleiner Prozentsatz für das Winterhilfswort abgezogen; den Lebensmittelscheinen vier, den Kleiderscheinen 6 Prozent des Wertes. Wie Sie übrigens sehen, sind die Geschäftsinhaber durch den Vordruck auf der Rückseite der Gutscheine unterrichtet und geben durch Unterschrift oder Firmenstempel ihre Einwilligung dazu. Die Geschäfte und Banken haben weiterhin darauf zu achten, daß die Gutscheine den Stempel der Dienststelle des WGB tragen, denn ohne diesen Stempel sind die Gutscheine ungültig und werden von der Reichsleitung des Winterhilfswerkes nicht eingelöst.“

Abschließend teilte mir mein NSDAP-Ortsgruppenamtsleiter noch mit, daß außer den Gutscheinen für Lebensmittel und Kleidung auch solche für Kopfen zur Verteilung gelangen.

R. St.

Parole für alle deutschen Betriebsführer

JANUAR
30
TAG DER
NAT.-SOZ.
REVOLUTION

Unser Betrieb verwendet heute
nur W.-H.-W. Briefmarken
als Dank an den Führer!

6. Aufbau eines wirrigen deutschen Gemein- und Kulturlebens unter Befreiung von allen land- und rassefremden Elementen.

In außenpolitischer Hinsicht erblickte Adolf Hitler seine „höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit des deutschen Volkes“.

So war es vor vier Jahren. Und was ist in diese Zeitpanne bis auf den heutigen Tag geschehen? Daran wird in einzelnen Abhandlungen näher einzugehen sein. Jeder aber empfindet selbst, daß zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 30. Januar 1937 jenes deutsche Wunder liegt, das wir zum Teil selbst nicht begreifen können, und das das Ausland nicht begreifen will.

W. F. F. L.

Befriedung des Balkans

Jugoslawisch-bulgarisches Freundschaftsabkommen unterzeichnet.

Die Unterzeichnung des jugoslawisch-bulgarischen Abkommens, das die Bezeichnung „Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Jugoslawien und Bulgarien“ trägt, erfolgte durch den jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch und den bulgarischen Ministerpräsidenten Dr. Koffelwanoff im Außenministerium in Belgrad.

Guter Wille Frankreichs?

Von Blum angekündigtes Programm.

In Lyon hielt am einer Veranstaltung der französischen Volkfront Ministerpräsident Léon Blum seine erwartete politische Programmrede. Blum hat sich bei seinen außenpolitischen Versicherungen vollkommen auf seiner Linie bewegt, die die französische Regierung schon seit Jahren innegehalten hat und die seit der Währungsreform der Vorkriegsregierung noch stärker betont worden ist.

Zu Beginn seiner Ausführungen ging der Ministerpräsident auf die innere Politik der Vorkriegsregierung ein. Dann behandelte Blum die Außenpolitik, wobei er sich ausschließlich auf die deutsch-französische Frage beschränkte. Er betonte, man strebe viel von einer unmittelbaren Aussprache mit Deutschland, eine solche werde aber dauernd durch die beiderseitigen Wirtschaftskrisen und die gegenseitigen Mißverständnisse gehindert und dabei erfordere sich die Verständigung auf alle schwebenden Fragen, sowohl die engeren Interessen beider Völker als auch solche allgemeiner Art.

Er führte aber, daß man unter der Bezeichnung „unmittelbare Aussprache“ in Wirklichkeit etwas anderes, nämlich eine Sonderregelung in letzter Instanz zwischen Deutschland und Frankreich verstehe, von der andere Länder ausgeschlossen würden.

Das liegt nicht in den Absichten der französischen Regierung. Diese wolle und könne die französische Sicherheit nicht von dem gesamt-europäischen Frieden trennen. Sie sei überzeugt, daß keine dieser Abmachungen die Sicherheit Frankreichs garantieren könne und halte daher an der so oft mißverstandenen Formel des unteilbaren Friedens fest.

Frankreich könne in Europa kein gleichgültiger Zuschauer sein. Es sei Mitglied des Völkerbundes und seinen Grundgesetzen und seinen Werten treu, ebenso wie von ihm angehängten Freundschaften. Das Ziel Frankreichs bleibe nach der Formulierung des Londoner Kommuniqués vom Juli die Gesamtregelung der europäischen Probleme. Frankreich habe bewiesen, daß es bereit sei, dazu weitgehenden Beitrag zu leisten, und nur im Rahmen einer solchen Gesamtregelung könne die Regelung des deutsch-französischen Problems gefunden werden.

Blum betonte, daß er eine solche Regelung für möglich halte, wenn alle europäischen Nationen guten Willens seien. Aber wie Eden, sei er der Meinung, daß im Augenblick diese Möglichkeit hauptsächlich von Deutschland abhängt. Der deutsche Staat richte gegenwärtig seine ganzen organisatorischen Fähigkeiten und seine nationale Willenskraft darauf, seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Es sei daher der Gedanke vielfach aufgetaucht, daß man Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete Unterstützung leisten müsse, wogegen dieses als Entgelt seine Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage gewähre. Diesen Gedanken lehne er ab, denn man könne Deutschland nicht eine Art Schwächer anbieten. Endlich, erklärte Blum, müsse man sich hüten, irgendeinen Verdacht gegen die Ehrlichkeit des Friedenswillens aufkommen zu lassen, den Reichsführer Hitler so oft bei feierlichen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht habe. Wenn eines Tages Friedensabmachungen zustande kämen, dürften sie nur in vertrauensvollem Geist und in völliger Gleichberechtigung abgeschlossen werden.

Beim gegenwärtigen Zustand Europas aber könne man die Augen nicht davor verschließen, daß die Empfindlichkeit der Völker seit langen Monaten durch immer wiederkehrende Erschütterungen gestört werde, und daß der Währungswechsel sich überall in noch schnellerem Tempo vollziehe wie vor dem Kriege. Wie könne man da wirtschaftliche Abmachungen ins Auge fassen, ohne sie mit einer politischen Regelung zu verbinden.

Der Ministerpräsident kam dann zu der Schlussfolgerung, daß zwischen dem französischen und der Gesamtheit des europäischen Problems, ein ebenso enger Zusammenhang bestehe, wie zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Regelung der politischen Fragen und der Organisation des Friedens. Die Regierung der Republik sei jederzeit bereit, durch die Tat ihren Willen zu demonstrieren, Europa und der Welt die wahre

Sicherheit zurückzugeben. Ihnen das Gefühl einzufloßen, daß wirtschaftliche Bedenke und daß sie in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können. Wenn Deutschland, wie man es wünsche und hoffe, den gleichen Willen fundierte, sei man bereit, mit ihm wie mit allen anderen Nationen ohne jeden Hintergedanken und ohne jede Zurückhaltung zusammen zu arbeiten.

Ihr Rede Blum schreibt der „Deutsche Dienst“ folgendes: Der französische Ministerpräsident Léon Blum erklärte, daß er an dem von Adolf Hitler mehrfach feierlich proklamierten Friedenswillen nicht zweifle, und mit Befriedigung kann man auch feststellen, daß er nichts vorschlagen wolle, was einem Handel ähnlich sehe, obwohl die Idee entstanden sei, daß eine Hilfe für Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet nur dann in Frage komme, wenn es sich um eine betriebliche Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage handelt. Es sei auch nicht sein Wunsch, eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu einem politischen Zwänge auszunutzen und Deutschland zu nötigen, um Hilfe zu bitten und sich politischen Bedingungen zu unterwerfen. Wenn Herr Blum jedoch versichert, er sei immer bereit gewesen, die aufrichtigste und freieste Anstrengung zu machen, um voller Freiwilligkeit die allgemeinen Probleme anzukündigen, die das politische Leben vieler großer Staaten aufwirft, so vermögen wir ihm darin nicht zuzustimmen. Er verwirft die Methode der zweiseitigen Hilfe und sucht die französische Sicherheit wiederum im Rahmen des kollektiven Friedens, indem er sich auf die Grundfälle des Völkerbundes beruft. Gleichzeitig versichert er, daß Frankreich seinen Freunden treu bleiben wolle.

Aber die Erfahrungen Deutschlands können die Forderungen nach dem unteilbaren Frieden nicht für die einzig wirksame Methode anerkennen. Gerade die Freunde und Verbündeten Frankreichs sind es gewesen, die den internationalen Kollektivismus mißbraucht haben, die sich von Frankreich Mißtrauen anheften lassen, und durch ihre Haltung gegenüber Deutschland erkennen lassen, daß sie es nicht für nötig hielten, sich mit uns zu vertragen.

Der französische Ministerpräsident hat einen Erfolg vorausgesetzt, wenn alle gleich guten Willens seien, aber die Eindrücke der letzten 18 Jahre sind in Deutschland noch zu stark, als daß es das Vertrauen in diesem guten Willen bei allen anderen aufbringen könnte.

Nichts hat Deutschland bisher auf dem Wege von Verhandlungen erreichen können, am wenigsten auf allgemeinen Kongressen. Und wenn es auf dem Wege zur Freiheit und Gleichberechtigung vorangehen will, dann nur deshalb, weil es sich den Weg selbst eröffnet und sich nicht mehr auf den guten Willen der anderen verlassen hat.

Deutschland hat durch seine Abkommen mit Polen und Österreich, durch das Abkommen mit England und durch seine direkte Aussprache mit Italien viele Gefahren um sich herum gesammelt. Der französische sowjetrussische Welt aber wird sich zum heutigen Tage nicht nur von Deutschland als eine große Gefahr für Europa angesehen.

Auch Herr Blum sollte deshalb die guten Ergebnisse unserer Methode nicht verkennen, und er sollte unsere Uneigennützigkeit dabei ebenso wenig in Zweifel ziehen wie diejenige Englands oder Italiens und der anderen Staaten, mit denen eine Verständigung möglich war.

Der Wille zur Zusammenarbeit ist auf deutscher Seite uneingeschränkt vorhanden. Wenn der französische Ministerpräsident erklärt, daß auch er bereit sei, ohne Hintergedanken und ohne Hemmungen in eine Aussprache mit Deutschland einzutreten, so mag das als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft gedeutet werden; das Zurückgreifen auf die Vergangenheit aber wird immer wieder zu einer Politik im Kreise führen müssen.

Ischlamord in Paris?

In Paris wurde im Bois de Boulogne der frühere sowjetrussische Wirtschaftler Nawachine ermordet aufgefunden.

Nawachine hatte sich nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution in Rußland zunächst den neuen Machthabern zur Verfügung gestellt. Dann ging er nach Paris, wo er die französische Nationalität erwarb und bis 1930 eine ... seitdem widmete er sich wirtschaftlichen

Studien. Es heißt, er habe sich in der Zeit seiner politischen Tätigkeit innerhalb einer der angestiegensten Einkünfte befunden.

Daß Nawachine eine bedeutende Rolle in Paris spielt, daß, auch daraus hervor, daß der französische Wirtschaftsminister Spinasie sich persönlich in das betreffende Polizeikommissariat begeben habe, um sich über den bisherigen Stand der Untersuchung zu unterrichten.

Bolschewistischer Leichenfledderer verhaftet

Schmuckstücke und Goldzähne ermordeter Spanier als Handelsartikel.

Bei der französischen Zollkontrolle an der französisch-spanischen Grenze wurde ein Spanier festgenommen, der zur Liebertafelung der Zollbeamten in zwei kleinen Schmuckstücken im Werte von etwa einer Million Franken sich führte.

Die Pakete enthielten 150 Goldstücke, 50 000 Perlen in Bantoinen, ein Dutzend mit Brillanten besetzte Uhren, 23 goldene und Platinen, 72 goldene Armabänder, Verlobungsringe, Broschen, Medaillons, Brillanten, sonstige Goldstücke. Außerdem fand man sich unter den Schmuckstücken noch goldfarbene Goldzähne, die augenscheinlich aus den Gebeinen von Leichen ausgegraben waren (!).

Man nimmt an, daß es sich um Gegenstände aus dem Besitz nationaler Spanier handelt, die von den Bolschewisten ermordet und beraubt worden sind. Der Spanier — offenbar ein Volksdeutscher — der nach Paris fahren wollte, um seinen Klauf zu veräußern, wurde verhaftet. Seine Beute wurde beschlagnahmt.

W.B. hat S.S!

Gerät auf hoher See ein Schiff in Gefahr, dann tanzt es mit Mann und Maus untergeordnet, wenn ihm nicht ein anderes Schiff zu Hilfe eilt. Hat das Fahrzeug so großen Schaden erlitten, daß das Wasser unaufhaltsam eindringt, oder brach gar Feuer an Bord aus, dann sendet der Kapitän des in Seenot befindlichen Schiffes den internationalen Hilferuf SOS in den Äther. Bis es einem anderen Dampfer gelingt, ihm Beistand zu leisten, kommt die Hilfe zu spät, dann ist das Schicksal des gefährdeten Schiffes, seiner Mannschaft und seiner Frachtpakete besiegelt. Auch ein Staat kann in Gefahr geraten. Als auf der russischen Halbinsel der Bolschewismus sein blutiges Haupt erhob, konnte man in den Zeitungen lesen: „SOS Rußland aus Spanien!“ — Nicht anders war es im Deutschen Reich in der Systemzeit. Das Staatsgeschick trieb immer mehr den Untergang entgegen, das Volk geriet in immer tieferer Gefahr. Immer dringender wurden die SOS-Rufe der Nationalsozialisten, bis endlich am 30. Januar 1933 der Reichspräsident Adolf Hitler die Hand nahm, um es zu beenden. Der Herr Reichspräsident hat sich in ruhiger Fassung zu führen. Heute brauchen wir nicht mehr zu befürchten, daß der Herr Reichspräsident in die Hände der Bolschewisten fallen wird. Wir setzen ihm rechtzeitig unser W.B. entgegen. Denn: W.B., das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, bedeutet Hilfe vor der Not. Durch die Winterhilfe wird der deutschen Volksgemeinschaft die Not der einzelnen Volksgenossen vorbeugt, damit durch die soziale Fürsorge einzelner nicht das ganze Volk in eine Notlage gerate. W.B. heißt, nicht abwarten, bis durch SOS-Hilfe von außen herbeigeholt werden muß, wie das bei den Hungerkriegen in China, wo die Hilfe für Millionen von Menschen oft zu spät kam, oder wie in Rußland, wo die von den bolschewistischen Machthabern gewaltsam verhindert wurde. Durch die Opfer für das Winterhilfswerk hilft das deutsche Volk sich rechtzeitig selbst. Jeder gibt seinen Anteil bei den Straßenaktionen und bei den Eintopfenden; jeder trägt sich in die Spendenlisten des W.B. ein; jeder opfert, soviel er kann, um den Bedürftigen unter uns vor Winternot zu bewahren. Wir sind ein Volk und eine Opfergemeinschaft, die mit der Opfergabe zum Winterhilfswerk stets von neuem der Schwere erbartet: „Reiner soll hungern und frieren!“ Der Hilferuf SOS wird auch in Zukunft von den Vorkämpfern weitergeleitet werden müssen — W.B. jedoch hat alle Not und Gefahr beseitigt.

Kompagnie Olympia

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

Urheberrechtlich geschützt: Korrespondenzverlag Hans Müller, Leipzig C I

54. Fortsetzung

„Das machen wir schon! Ein Blatt weißes Papier bitte! So, da schneiden wir den Astulaplatz sein sauberlich zweimal heraus und kleben es auf den Schultertrager. Ich weiß ja nicht genau, ob's dahin gehört, aber egal. Das wird er auch nicht wissen. Ich lasse sofort die Rolladen herunter, und du mußt ihn eben bei halb dunklem Licht behandeln.“

„Aber die Untersuchungsgegenstände! Ein Hörrohr?“

„Wozu Hörrohr? Das muß auch so gehen!“

„Also los! Dem Mutigen gehört die Welt!“

Im halbdunklen Zimmer, eine Sonnenbrille auf der Nase, konsultierte Oberstabsarzt Dr. Zimmer den Kranken.

Er ließ sich die Zunge zeigen, prüfte den Puls, sah in die Augen.

„Sehr gut, daß ich gleich gekommen bin. Also jetzt, mein verehrter Herr Kammerer! Auf! Nehmen Sie den Tee. Sie bekommen einen Tee mit tüchtig Rum ...!“

„Ich trinke keinen Alkohol!“

„Mein lieber Herr Kammerer!“, sprach Paul wieder. „Haben Sie schon einmal Hoffmannstropfen genommen?“

„Schon oft!“

„Das ist auch sechsundneunzigprozentiger Alkohol. Hin und wieder wirkt Alkohol ... vom Arzt verordnet, als ein Heilmittel! Hören Sie auf mich! Der Alkohol hat die Aufgabe, die Störungen im Blut zu beseitigen. Darum müssen Sie sich überwinden. Ich weiß ja, der Alkohol ist ein Teufel, aber manchmal treibt man mit ihm als Medizin zehn andere Teufel aus. Hören Sie also auf meinen Rat. Ich könnte Ihnen auch Medikamente verschreiben, aber ... ich tue das ungern ... man möchte doch ein wertvolles Leben nicht gefährden ... Sie verstehen!“

Das imponierte dem alten Herrn gewaltig. Ein Arzt, der auf Medikamente schimpft. Er beschloß, in den sauren Apfel zu beißen und versprach, den Tee zu trinken.

„Förmlich dankbar für den Oberstabsarzt an. Das war doch ein reizender Mensch. Wertvolles Leben erhalten! So gut hatte noch keiner zu ihm gesprochen.“

Fünf Minuten später schaffte Charly den Tee nach oben und schloß ihn dem Herrn Kammerer ein. Beim ersten Glas sträubte sich der Magen ein wenig. Das zweite Glas ging schon besser. Das dritte Glas trank er in vergnügter Laune. Dann setzte eine Pause ein, denn der Patient drohte müde zu werden und einzuschlafen. Mit vieler Mühe trichterte ihm Charly den Rest ein.

Er war sanft und besucham wie eine Taube, und der alte Herr fühlte sich veredelt und schlief mit einem glücklichen Lächeln fest ein. Als laute und gründliche Schnarchtöne erscholl, zog sich Charly leise zurück.

In der Küche traf er noch zwei nette Mädel: die Köchin vom Major und das Dienstmädchen vom Hauptmann von Elam. Auch der Burtsche des Herrn General war anwesend. Das war ein höchst nobler Herr, der angeblich wollte.

„Vorte sah Charly fragend an, und er flüsterte ihr zu: „Der ist befohrt und aufgehoben! Er schläft bis in den Morgen hinein!“

Da atmete Votte auf.

„Mal herköm!“ sagte der Burtsche des Generals. „Ich will euch mal auseinandersehen, was ihr zu tun habt!“

Paul und Charly sahen sich an, dann lachten sie.

„Du?“ sagte Charly und deutete auf Votte. „Hier steht der Chef! Dem Zepter beugen wir uns! Du kennst den Ton nicht an.“

Marufche wurde wütend. „Noch 'n Wort!“, sagte er, „und ich melde es Eggelenz ...! Eggelenz hat mich beauftragt!“

„Ach nee! Wir haben den Auftrag, uns bei Fräulein Votte Schmidt zu melden und von ihr die Anordnungen entgegenzunehmen. Und da hast du uns nichts zu sagen, verstanden?“

„Ich bin Gefreiter, verstanden! Ihr habt mich Herr titulieren!“

Aber da kam er schlecht weg, denn die drei Mädel lachten schallend auf.

„Sie, Herr Gefreiter, ich will Ihnen mal was sagen, Sie sind Sie nicht im Dienst, hier haben Sie keine Lippe zu tun! Verstanden? Also, Fräulein Votte, was sollen wir tun?“

„Teig eintrüben. Wir wollen noch Pfannkuchen und Rühlpelchen backen!“

„Mit Wonne! Schmeißen Sie nur alles in eine Schüssel! Ich frische! Lassen Sie mich das machen! Charly ist so nachhaft und frist sonst den ganzen Tag weg!“

„Charly muß das Gemüse für die böhmische Suppe schneiden!“ entsetzte Votte schnell und warf Charly einen liebevollen Blick zu, daß er verstand, was.

„Onkel Jeremias wird unser Fest heute nicht wieder stören!“ sagte wenige Minuten später Linda zu dem Vater.

„Wie?“

„Er liegt im Bett und schläft! Er hat die Grippe. Votte hat ihm einen Tee gekocht, bestehend aus einem halben Liter Rum und drei Zitronen, und den hat er getrunken!“

„Was? Blanten Rum?“

„Nein, mit gutem halben Liter Wasser vermischt. Nicht wahr, das ist erstaunlich, Onkel Jeremias, der Alkohol höchstens in Form von Hoffmannstropfen kannte, trinkt einen Liter Rumrog!“

„Ich verstehe das immer noch nicht!“

„Ja, Papa, warum hast du zwei so intelligente Soldaten antanzen lassen. Die Herren Australier sind gewigte Jungen. Die haben es fertig gebracht. Der eine hat ihm vorgeführt, daß er frant ist, bis es Onkel geglaubt hat, und der andere hat ihn zu der Überzeugung gebracht, daß Rum mit Zitronen das einzig richtige Mittel ist, um die Grippe zu vertreiben. Und nun liegt er und schläft, und ich denke, daß er bis morgen früh durchgeschlafen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Spangenberg, den 26. Januar 1937.

— Nun ist er doch gekommen, der von der Jugend so sehnsüchtig erwartete Winter. Flur und Wald sind mit einem weißen Teppich belegt und die Kinder sind eifrig dabei, die Schlitten herzurichten. Aber auch den Größeren lacht das Herz beim Anblick dieser schönen Winterlandschaft. Mit wieviel Spannung wurden in den letzten Tagen die Wetterberichte des Rundfunks aus den Bergen verfolgt und wie groß war die Freude, wenn es hieß: „Sti und Nibel sehr gut“. Wir können es deshalb verstehen, wenn diese Winterlage voll ausgenutzt werden und wir können es auch verstehen, wenn die Kinder in den Schulen kaum das Ende des Unterrichts erwarten können, um dann mit Jubel die Hänge und Berge hinabzufallen. Gönnen wir ihr diesen Spaß und hoffen wir, daß er ihnen noch einige Zeit beschiden sein möge.

— **Verbeabend der O.S.** Am letzten Sonnabend veranstaltete die Hitlerjugend im „Schützenhaus“ einen öffentlichen Verbeabend, zu dem vor allen Dingen die Elternschaft der Jungen und Mädels geladen war. Leider waren nur wenige Eltern diesem Rufe gefolgt, ein Zeichen, daß noch nicht alle den Sinn der Jugendbewegung verstanden haben. Die Jugend, die das höchste Gut unseres Volkes darstellt, die einmal in voller Kraftentfaltung das Erbe unserer Väter übernehmen soll, kann nicht genug gefördert werden. — Die Jungen und Mädels hatten ein Programm zusammengestellt, das durchleuchtet war von dem einen Sehnen, ein eigenes Heim zu besitzen. Wenn überall im Reiche heute die HJ-Heime in vorbildlicher Weise gebaut werden, dann kann man es verstehen, daß auch unsere Spangenberg-Jugend nicht zurückstehen will. — Nach einigen Kampfliedern und einem Sprechchor schilderte dann Ortsgruppenleiter Pa. Jenner in eindringlicher Weise den Sinn der Jugendbewegung im nationalsozialistischen Reiche Adolf Hitlers. Er betonte besonders, daß Elternschaft und Stadtverwaltung zusammenarbeiten müssen, damit auch für unsere Jugend in würdiger Weise gesorgt wird. Den Jungen und Mädels aber gab er die Versicherung mit auf den Weg, daß sie in ein bis zwei Jahren ein Eigenheim besitzen würden. Hoffen wir, daß dies Vorhaben gelingt und wir werden eine dankbare Jugend unser nennen können.

— **Feuerwehrübung vor dem Kreisleiter.** Am Sonntag mittag marschierten die Wehren des Bezirks Spangenberg, unter Vorantritt der Spangenberg-Kapelle nach den Wäldern in Richtung Mörschhausen, um vor dem Kreisleiterfeuerführer Schleier-Jelsberg Zeugnis abzugeben, wie hoch ihr Können ist. Die Wehren mußten einzeln und insgesamt Übungen vorführen, die dann vom Kreisleiter kritisiert wurden. Anschließend versammelten sich dann die Wehrmänner im „Grünen Baum“, wo sie dem Kreisleiter auf die noch bestehenden Mängel aufmerksam machten. Er hielt dann noch einen kurzen Vortrag über Gasgefahr und deren Bekämpfung, der von den Anwesenden mit großem Interesse verfolgt wurde. Ein gemütliches Plauderfrühstück beim Glase Bier beendete dann diesen kurzen Übungsabend.

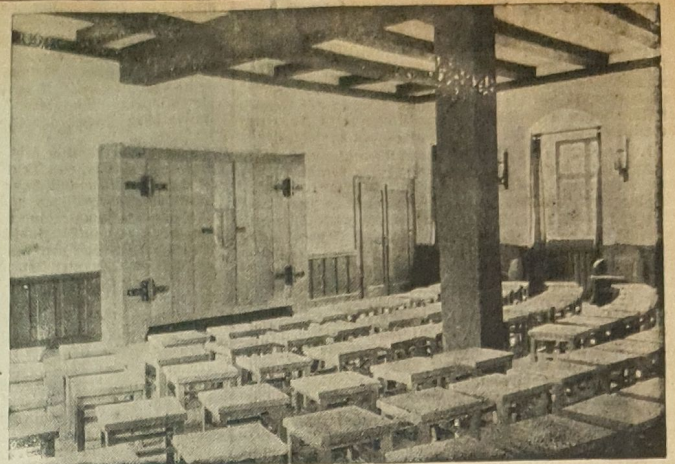
— **NS-Frauenchaft.** Am Sonntag Abend veranstaltete die Frauenchaft im „Schützenhaus“ einen Verbeabend, der viele Volksgenossen bis Winternacht zusammenbrachte. Der Besuch war über alles Erwartungen gut. Die Leiterin, Frau Klose, begrüßte alle Volksgenossen und besonders die Gausfrauenchaftsleiterin Frau Steinbrück aus Rassel, welche in einer groß angelegten Rede besonders den Frauen die bedeutenden Aufgaben im Vierjahresplan klar machte und in feinfühler Weise zum Kampf gegen den Verberb aufrief. Ortsgruppenleiter Pa. Jenner schloß sich an, indem er über den Ausbau der Partei und die neue Blockeinteilung sprach und alle Volksgenossen aufforderte, sich reiflich hinter den Führer zu stellen. Zwei kleine Theaterstücke verschönten den Abend und riefen oft Lachsalen hervor. Die Hauskapelle des Arbeitsdienklagers hatte sich ebenfalls zur Verfügung gestellt und sorgte für die nötige Musik. Der wohlgeleitete Abend schloß mit einer kleinen Verlosung ab und mancher glückliche Gewinner konnte sich über nützliche Arbeiten und Geschenke der Frauenchaftsmittglieder und einiger hiesiger Geschäftleute freuen.

— **Wie wird das Wetter?** Der plötzliche Kälteeindruck kam verhältnismäßig überraschend, zumal man mit größter Hartnäckigkeit der feuchtwarmen Südströmung, unter deren Einfluß Westeuropa noch immer steht, rechnete. Neue härtere Schneefälle sind kaum zu erwarten, dafür dürfte sich bis zur Wochenmitte die strenge Kaltluft behaupten können. Hierauf ist mit allergrößter Wahrscheinlichkeit unbefängliche Witterung bei gemäßigten Temperaturen vorauszusehen.

— **Konzert der Gauskapelle.** Am kommenden Sonntag steht der Spangenberg-Bevölkerung wieder ein besonderer Genuß bevor. Die Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP hat den Gaumustzug Rurhesen zu einem Konzert im hiesigen „Schützenhaus“ verpflichtet. Jeder hat vielleicht schon gehört von dieser leistungsfähigen Kapelle, die aus den Reihen der Politischen Leiter gebildet wurde. Besonders erwähnenswert ist noch, daß die Gauskapelle der Kapelle nicht in die Taschen der einzelnen Mitwirkenden fliegen, sondern ausschließlich zum weiteren Ausbau des Musikzuges verwendet werden. Jeder, der irgendwie abkommen kann, wird sich diesen Kunstgenuss nicht entgehen lassen. Es wird bestimmt erwartet, daß alle Partei- und Volksgenossen sich diesen Abend für den Besuch des Konzerts freihalten, damit der Gaumustzug auch in Spangenberg vor vollem Haus gastieren kann. Näheres im Inseratenteil.

— **Lohnsteuerverzugsbelege 1936.** Das Finanzamt weist auf die Einreichung der Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1936 hin. Einreichungsfrist 15. Februar.

So soll der Heimraum der Jugend aussehen



1937. Arbeitnehmer, die im Besitze ihrer Steuerkarte vom Jahre 1936 sind, haben diese unverzüglich dem Finanzamt einzuliefern. Nichtabgabe der Belege hat zwangswise Eingeklage zur Folge.

— **Leistung.** In hiesiger Stadt und den Dörfern, die zum Ortsgruppenbereich Spangenberg gehören, ist mit der Schulung der Selbstschutzkräfte und der Hauswache vom Reichsfluchtzeugbund begonnen worden und sämtliche Kräfte sind mobil gemacht worden, um möglichst alle Volksgenossen mit den Gefahren eines etwaigen Krieges und den notwendigen Schutzmaßnahmen bekannt zu machen.

— **Aus der Rhön.** Hier liegt der Schnee im Tal so hoch, daß überall die Schneeflüge in Tätigkeit treten mußten. Die Schneedecke ist nach einer Meldung von Kreuzberg mindestens 30 Zentimeter hoch. Die Möglichkeiten zur Ausübung des Wintersports sind ausgezeichnet.

— **Murburg (Lahn).** Am Vormittag des 15. September v. J. wurde die Scheune der Witwe Wagner im Kreisort Wembach ein Raub der Flammen. Die Nachforschungen nach der Brandursache ergaben, daß nur Brandstiftung in Frage kommen konnte. Der Verdacht fiel auf den 68-jährigen Kaspar W., der schon öfters Verurteilungen gegenüber Brandstiftungsgeboten geküßert hatte. W. wurde verhaftet und stand jetzt vor Gericht. Auf die Fragen des Vorstehenden gab er keine Antwort und trug ein Vernehmen zur Schau, das an dasjenige eines Geisteskranken erinnerte. Der medizinische Sachverständige bezeugte, daß man es bei der Geisteskrankheit des Angeklagten mit Altersschwachsinn zu tun habe. W. ist für sein Tun nicht verantwortlich. Da die Öffentlichkeit durch seine ganz unberechenbaren krankhaften Zustände gefährdet ist, liegen die Voraussetzungen für Unterbringung in eine Heil- und Pflegeanstalt vor. Das Gericht beschloß demgemäß.

Merlei Neuigkeiten

Griechischer Dampfer aufgelaufen. Auf dem Wege von Konstantinopel nach Hamburg ist, wie aus Portimau gemeldet wird, der griechische Dampfer „Eptros“, der 2100 Tonnen Weizen geladen hatte, bei Laus auf einen Felsen aufgelaufen. Ein Teil der Befahrung verlor, das Festland zu erreichen, bei dem starken Sturm schlug jedoch das Boot um und sieben Mann ertranken. Leider besteht wenig Hoffnung, das Schiff zu retten oder die Ladung zu lösen.

Verordnung von Paris nach Tokio mitschlagen. Der bekannte französische Flieger Doret hatte Mittwoch früh mit seinem Fünfer MiGelleit auf Bord eines Simon-220-PS-Flugzeuges den Pariser Flugplatz Le Bourget verlassen in der Absicht, die Strecke Paris-Tokio in weniger als hundert Flugstunden zurückzulegen und damit einen neuen Rekord aufzustellen. Infolge schlechter Witterungsverhältnisse mußte er an einer Inselgruppe zwischen Zien und der „Bagaden-Epith“ im Golf von Tonkin nollanden. Eine Mitteilung des französischen Luftfahrtministeriums besagt, daß die beiden Insassen des Flugzeuges unversehrt sind, die Maschine ist zerstört.

Aus dem Gerichtssaal

Vollstreckung eines Todesurteils

Der am 10. Juli 1911 geborene Erhard Kullide aus Wanne-Gidel ist hingerichtet worden, der am 10. September 1936 vom Schwurgericht in Bochum wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden war. Kullide hat am 26. Juli 1936 seine 25-jährige, schwangere Ehefrau ermordet, um seine Geliebte heiraten zu können.

Moskauer „Geständnisse“

Widerliche Selbstbeschuldigungen im Theaterprozeß.

In Moskau nimmt das graufige bolschewistische Schauspiel, der Theaterprozeß gegen Bjalatow, Nabel und Genossen seinen Fortgang. Nach den programmgemäß abgelegten „Geständnissen“ der beiden Hauptangeklagten kam der bisherige Korrespondent der „Iswestija“ in Washington, Komm, an die Reihe. Komm gesteht ein, daß die Kurierdienste zwischen Trotski und Nabel ein- und zwar unter Ausnützung seiner dienstlichen Stellung im Auslande. Darauf kam der Staatsanwalt nochmals auf die Verbindung Nabels zu dem General der Roten Armee und früheren Militärattaché der Sowjetunion in London, Putna, zurück. Putna, der schon zur Zeit des ersten Trotskisten-Prozesses im vorigen Jahre verhaftet wurde, sitzt immer noch im Gewahrsam der GPU.

Bei der Erörterung fiel auch der Name des Marschalls der Sowjetunion Zuchatschewski, der Putna zu Nabel „auf dienstlichem Wege“ geschickt haben soll. Auffallend ist, daß der Staatsanwalt peinlich vermeidet, Nabel über den Charakter seiner Beziehungen zu Putna zu näheren Äußerungen zu veranlassen. Nabel wird da-

gegen vom Staatsanwalt aufgefördert, dreimal mit lauter Stimme zu erklären, daß Zuchatschewski nicht das geringste mit der Trotskistengruppe zu tun habe. Der Saal nahm diese „Ehrenerklärung“ für Zuchatschewski aus dem Munde Nabels mit Erstaunen zur Kenntnis.

Das Gericht fährt alsdann mit der Vernehmung des dritten Hauptangeklagten, des früheren sowjetrussischen Botschafters in London und Vizeministers für Auswärtige Angelegenheiten, Sotolnitow, fort. Nach der Anklage des Prozesses soll Sotolnitow als Mittelsmann zwischen der im Vorjahr abgerichteten Sinowjew-Kamenev-Gruppe und der Bjalatow-Nabel-Gruppe erscheinen. Er hat, so wünscht es der Staatsanwalt, gleichfalls hoch- und landesverräterische Pläne „eingegeben“. Das tut er auch, und zwar genau nach den entsprechenden Punkten der Anklageschrift. Er gibt zu, landesverräterische Gespräche mit einem „Vertreter einer fernöstlichen Großmacht“ im Auftrage Trotskis geführt zu haben.

Auch der vierte Hauptangeklagte, der frühere Verkehrsminister und späterer Chef der Wegebauverwaltung, Serebrjakow, fällt nicht aus der Reihe. Er „gesteht“ seinerseits die angebliche Schädigungsarbeit im Reifort des Transportwesens. Dabei erwähnt er auch die Eisenbahnkatastrophen, falsche Berechnungen technischer Normen für Lokomotiven usw., alles Mißstände, die zu den Krebsgeschäden des sowjetrussischen Eisenbahnwesens gehören. Wiederrum hat man das Gefühl, daß damit an die Hintergründe des Prozesses gerührt wird. Ferner hat sich Serebrjakow ebenso wie die übrigen bisher vernommenen Angeklagten der angeblichen Vorbereitung von Terrorakten auf bolschewistische Parteigenossen zu bekennen. Hierbei taucht wenigstens eine neue Nuance auf: Serebrjakow will besonders enge Verbindungen mit lausitzischen Trotskisten und Menschewisten unterhalten haben. Diese will er zu Terrorakten auf den Hauptling der bolschewistischen Partei in Georgien, Berija, und auf Stalin angestiftet haben. Dabei kommt zur Sprache, daß Oppositionelle in Georgien angeblich ein unabhängiges Georgien oder wenigstens die Vorkriegs-Georgien in der lausitzischen Föderation anstrebten.

Auch Kytow verhaftet?

Im Moskauer Theaterprozeß hat der Angeklagte Bjalatow Bucharin und Kytow als Leiter einer rechten Oppositionsgruppe genannt. Eine halbe Stunde darauf wurde, wie das Kopenhagener Blatt „Politiken“ aus Warschau meldet, Kytow, der als Lenins nächster Freund immer geschont worden war, von der GPU in seiner Wohnung verhaftet.

Der gleichen Meldung zufolge sind unmittelbar nach den Aussagen Nabels und Bjalatows in Moskau auch sieben Offiziere der Garnison, der frühere Oberbürgermeister von Moskau, Uglanow, der Sekretär Moskau, einer der nächsten Mitarbeiter Bjalatows, und das Mitglied der Komintern Login, bekannt als Mitarbeiter Dimitroffs festgenommen worden.

„Hypnotisierte“ Angeklagte

Die gesamte Londoner Presse berichtet ausführlich über den Moskauer Theaterprozeß. Alle Blätter sind sich einig, daß das Moskauer Sowjetgericht der Welt und dem russischen Volk ein großes Eigenpiel darbietet, damit die Sowjetregierung ihr unbequeme Leute beseitigen könne.

„Daily Express“ sagt, die Möglichkeit, daß sämtliche Angeklagten sich in einer Art Hypnose „schuldig“ bekannt hätten, sei nicht von der Hand zu weisen. Beobachter des Moskauer Gerichtsmethoden hätten diesen Eindruck gewonnen und dem „Daily Express“ aus Moskau geschrieben, daß die „Arznei“ zur Erzeugung dieser Hypnose unter die Haut gespritzt werde. Dadurch werde der Mensch seiner Willenskraft beraubt und zu einer Marionette, die allen Wünschen folge.

Erdichtete Beschuldigungen

Der „Zeuge“ Ingenieur Loginow schildert in allen Einzelheiten angebliche Schädigungsarbeit wie Ueberbeizung von Motoren, falsche technische Planung von Werksbauten, Einbau falsch konstruierter Maschinen und andere in das Programm des Staatsanwalts passende „Verbrechen“.

Die Eintönigkeit dieser Reihe von auswendig gelernten „Geständnissen“ wird dann unterbrochen und gewinnt Interesse, als es sich zeigt, daß diese Kronzeuge besonders präpariert worden ist, um zu den widerrechtlichen Verhaftungen Reichsdeutscher eine Begründung zu erdichten.

Loginow erklärt, er habe von dem Angeklagten Nationalist die Weisung erhalten, sich mit deutschen Ingenieuren und Technikern, die in der Sowjetunion als Spezialisten tätig waren, in Verbindung zu setzen, und zwar „zum Zwecke der Spionage und der Weiterleitung an Agenten des deutschen Spionagedienstes (!)“. Hierbei will Loginow auf den Angeklagten Grafke als geeigneten Mittelsmann hingewiesen haben, da er von dessen angeblichen Verbindungen mit „deutschen Spionen“ (!) gewußt habe.

Spanien den Spaniern!

Die deutsche Antwort an England

Wie uns von ausländischer Seite mitgeteilt wird, ist dem britischen Vorkämpfer in Berlin die Antwort der Reichsregierung auf die letzte britische Note in der Frage der freiwilligen Teilnehmer an den Kämpfen in Spanien übermittleit worden. Die Note hat folgenden Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß nach Ansicht der königlichen britischen Regierung die hauptsächlichsten Mächte namentlich über die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zur Verhinderung des Zustroms von Freiwilligen nach Spanien einig sind und daß ferner auch grundsätzliche Einverständnisse darüber besteht, daß diese Maßnahmen von allen beteiligten Regierungen gleichzeitig getroffen werden, daß das Gesamtproblem der indirekten Formen der Einmischung in Spanien eine aktive Behandlung erfährt und ein wirksames Kontrollsystem eingeführt wird. Damit würden die Voraussetzungen erfüllt sein, von denen die deutsche Regierung in der Note vom 7. Januar ihre Bereitwilligkeit zur Anordnung der von ihr zu treffenden Maßnahmen abhängig gemacht hat.

2. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung bereits ein Geleit vorbereitet, das die Einreise von deutschen Staatsangehörigen nach Spanien zur Teilnahme am Bürgerkrieg, sowie die Anwerbung von Personen zu diesem Zweck unter Strafandrohung verbietet und ferner die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in Aussicht nehmen würde, um die Ausreise und Durchreise aller Personen zu verhindern, die sich zur Teilnahme am Bürgerkrieg nach Spanien begeben wollen.

Es wird sich empfehlen, daß der Londoner Nicht-Einmischungsausschuss sofort die Übereinstimmung aller beteiligten Regierungen über den wesentlichen Inhalt der von ihnen zu treffenden Maßnahmen, über den Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung sowie endlich über die Grundlinien des einzuführenden Kontrollsystems feststellt. Sobald diese Feststellung erfolgt ist, wird die deutsche Regierung unverzüglich das Erforderliche wegen der von ihr zu treffenden Maßnahmen veranlassen.

3. Was die Durchführung der Kontrolle anlangt, so liegen der deutschen Regierung, und zwar zum Teil erst seit wenigen Tagen, eine Reihe von Einwüfen des Londoner Ausschusses vor, deren Prüfung sie möglichst beschleunigen wird. Sie behält sich vor, durch ihren Vertreter dem Londoner Ausschuss das Ergebnis dieser Prüfung so bald wie möglich mitzuteilen und dabei gegebenenfalls auch ergänzende Vorschläge zu machen.

4. Die kgl. britische Regierung hat sich bisher leider noch nicht zu dem in der Note vom 7. Januar gemachten Vorschlag der deutschen Regierung geäußert, alle nicht-spanischen Teilnehmer an den Kämpfen in Spanien einschließlich der politischen Agitatoren und Propagandisten aus Spanien zu entfernen, um so den Zustand vom August vorigen Jahres wiederherzustellen. Die deutsche Regierung legt auf diese Vorschläge nach wie vor besonderen Wert. Sie hat die ernste Befürchtung, daß es nach der ganzen bereits in der Note vom 7. Januar geschilderten Entwicklung der Dinge zu einer einseitigen, dem Sinn der Nicht-Einmischungspolitik zuwiderlaufenden Begünstigung der der nationalen spanischen Regierung im Kampfe gegenüberstehenden Elemente führen wird, wenn die Mächte den Zustrom von Freiwilligen nur für die Zukunft verhindern, sich aber damit abfinden, die bereits in Spanien befindlichen landfremden Teilnehmer am Bürgerkrieg dort zu belassen. Es erscheint der deutschen Regierung als das Gebot der Stunde, daß alle beteiligten Mächte jetzt endlich Ernst damit machen, jede Möglichkeit einer Einmischung in Spanien zu unterbinden. Wenn sie dazu entschlossen sind, werden sie auch Mittel und Wege finden, um den erwähnten Vorschlag der deutschen Regierung zu verwirklichen.

Der italienische Außenminister Graf Ciano hat am Montagvormittag die italienische Antwort auf das englische Memorandum vom 11. Januar betreffend die Frage der Nicht-Einmischung in Spanien und im besonderen die Frage der Freiwilligen der englischen Volkspartei zu stellen lassen.

Die mit der italienischen Note völlig übereinstimmende deutsche Antwort an England in der Frage der Spanien-Freiwilligen bringt wieder das ernsthafteste Bemühen der Reichsregierung zum Ausdruck, in die Nicht-Einmischungsfrage Klarheit zu bringen. Die Note bringt deshalb auch die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Ausdruck, seine in der Freiwilligenfrage bereits am 7. Januar gegebenen Zu-

fügungen durch gesetzliche Maßnahmen zu erhärten. Die Antwort der Reichsregierung enthält nachdrücklich erneut die Forderung, die in der Note Englands wiederum unbeachtet gebliebene Frage der bereits in Spanien weilenden ausländischen „Freiwilligen“ einer sinngemäßen Regelung zuzuführen. Der Versuch der englischen Diplomatie, die Nicht-Einmischungsfrage gleichsam zu einer deutsch-italienischen Sonderangelegenheit aufzuspüren, ist gescheitert.

Klar und deutlich geht aus der Antwort der Reichsregierung hervor, daß Deutschland an seine Anregung im Londoner Nicht-Einmischungsausschuss festhält, den Zustrom von Freiwilligen nach Spanien durch gemeinsame Maßnahmen zu unterbinden, damit die Möglichkeit geschaffen wird, daß unter Ausschluss jeden ausländischen Einflusses die Spanier ihre inneren Angelegenheiten unter sich ausmachen, „Spanien den Spaniern“, das ist der deutsche Standpunkt in der Spanien-Frage von Anfang an gewesen.

Die englische Aktion setzte viel zu spät ein und richtete sich im Grunde an die falsche Adresse. Ohne Moskaus Bestreben, in Spanien einen bolschewistischen Stützpunkt zu errichten, wäre der Bürgerkrieg längst entschieden, und tausend aber tausend unschuldige Opfer hätten heute noch am Leben. Wenn sich gleichwohl Deutschland bereit erklärt, auch weiterhin an den Verhandlungen des Nicht-Einmischungsausschusses zu beteiligen, so beweist es damit sein Entgegenkommen gegenüber England.

London sehr beliedigt

Die deutsche und die italienische Antwort werden in ausländischen politischen Kreisen Londons als „sehr befriedigend“ bezeichnet. Es wird erklärt, daß die Antworten alles enthalten, was erwartet worden sei. Ueber die nächsten Schritte glaubt man sich angesichts der Kürze der Zeit noch nicht äußern zu können, zumal die beiden Antwortnoten noch einer sorgfältigen Prüfung bedürften. Es wird jedoch angenommen, daß schon in den nächsten Tagen der Nicht-Einmischungsausschuss zur Beratung der jetzt zu ergreifenden Maßnahmen einberufen werden wird.

Böbel kührt die Banken von Malaga

Verschlebung der Kundschaft durch die Bolschewisten. Nationale Flieger besetzten erneut die Befestigungen von Malaga sowie die Zufahrtstraßen bei Motril mit Bomben. Die aus Granada auf Malaga vorstoßende Infanterie setzte ihren Vormarsch über Alhama in Richtung auf die Küste erfolgreich fort.

In Malaga wird die Verwirrung unter den Bolschewisten ständig größer. Der kommunistische Böbel stürmte die meisten Banken in Malaga und erbrach die Kassen. Die dort aufbewahrten Schmuckstücke und Wertpapiere wurden geraubt. Nach Berichten des nationalen Senders ist ein neuer großer Diebstahl am Vermögen des spanischen Volkes im Gange. Ein großer Teil der Kundschaft der Museen und aus Privatbesitz werden in riesige Kisten verpackt und nach einem unbekannten Bestimmungsort, höchstwahrscheinlich einen sowjetrussischen Hafen, verschifft.

Die in der Nähe der Küste bei Malaga liegenden Siedlungen müssen von den Bewohnern geräumt werden. An der Front von Madrid unternehmen die nationalen Flieger trotz desigen Wetters erneut erfolgreiche Bombenflüge. Der Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca meldet, daß die nationalen Truppen am Sonntag ihre Front bei Plasencia ausrichteten. Sie verdrängten dabei den Gegner aus einigen Stellungen. Die Truppen der nationalen Süarmee wiesen im Abschnitt von Granada kleine kommunistische Gegenangriffe zurück. Der Feind hatte dabei Verluste an Töten und Gefangenen.

Blutiger hohn

Kein Tag vergeht, an dem die Welt nicht durch neue erschütternde Berichte über das Morden und Brennen, über Kirchenplünderung und Gotteslästerung der bolschewistischen Banden in dem von ihnen beherrschten Teil Spaniens in Erregung versetzt wird. Das hindert einen Herrn Henry Brinton jedoch nicht, im Londoner „News Chronicle“ über „Christen und Spanien“ in einer Weise zu schreiben, die, gelinde gesagt, das Geschrei des jüdisch-bolschewistischen Federfuchses noch übertrifft. Der Verfasser kommt nicht etwa zu der Feststellung, daß sich die Christen auf die Seite stellen müssen, die Glauben und Kirche schützen, sondern er meint, das Christentum würde eine Niederlage erleiden, wenn das nationale Spanien siege. Denn — der „Faschismus“ sei mit dem Heidentum verbunden. Der Kirche in Spanien wird der „Vorwurf“ gemacht, sich auf die Seite der „Feinde der Demokratie“ gestellt zu haben usw. Die bestialischen Massenmorde an

Christlichen, die brennenden Kirchen und Häuser, die immer mehr steigende Gotteslästerung erschauern, Brinton mit seinem Wort. Die blutige Schandtat, daß das Geschrei dieses Bolschewistenfuchses mit dem Bild versehen ist, das eine lichterloh brennende Kirche in Madrid zeigt.

Beilegung der Opfer der „Welle“

Generaladmiral Raeder überbringt das Beileid des Führers.

Auf dem Garnisonfriedhof in Kiel fand die feierliche Beilegung des Kriegsmarine-Verlustes „Welle“ statt, die am 19. Januar in schwerem Sturm ums Leben kam, als ihre SM-Kameraden der Zerstörer „Düben“ aus Seezeit reiten wollten. Der Zerstörer „Welle“ konnte bisher 15 Mann an Bord bringen. In der Kapelle sprach der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h. c. R. Raeder, die Angehörigen und Hinterbliebenen das Beileid aus. Er schätzte die Hülfsbereitschaft, den tapferen Einsatz des Lebens für die in Not befindlichen Seeleute, die in der Marine eine Selbstverpflichtung ist, hoch ein. Er dankte daher stolz auf die in treuer Pflichterfüllung von den Kameraden der „Welle“ und weist in dieser Stunde bei ihnen und ihren Lieben. Auch Herr Reichskriegsminister Generalmarschall von Helldorf hat mich beauftragt, Ihnen meine herzlichste Anteilnahme zu übermitteln.

Vorbei am Mahmal der „Welle“, an dem die Kriegslage halbtags wehte, schritt die Trauergemeinde zur Grabstätte. Dort waren die 15 Särge, bedeckt mit Reichskriegsflagge und zahlreichen Kränzen, aufgestellt. Die Ehrenpolizei stellte das Verleibungsboot, auf dem die Kriegsmarine. Zahlreich waren die Trauerbesucher der Kriegsmarine und der SM-Gruppe Nordmark.

Nach einem Choral sprachen die beiden Stationskapläne, dann nahm der Kommandierende Admiral der Division der Offiziere, Admiral Albrecht, Abschied von den Toten. Ihr Tod soll, so sagte er, uns allen eine Mahnung sein, daß wir Soldaten der Kriegsmarine auch im Frieden jederzeit bereit sein müssen, in unserem Leben und auch in schönen Seemannsberuf Leib und Leben einzusetzen für Führer, Volk und Vaterland.

Nachdem das Lied „O Deutschland, hoch in Ehren verlungen war, präsentierte die Ehrenkompanie 1. SS. (Schiffs-Staffelabteilung der Offiziere), und dumpfem Trommelwirbel und unter den gedämpften Klängen des Liedes vom guten Kameraden verlas Stettin Kapitän Wähe, der Leiter der Nachrichtenmittelsuchsanstalt, die Namen der Gefallenen. Drei Ehrenjungen trachten über die Gruf.

Zum Schluß der schlichten Feier legte Generaladmiral Dr. h. c. Raeder einen großen Kranz des Führers auf einen weiteren des Reichskriegsministers nieder; Stattdes fügte sich an. Während der Beilegungsfeier hatten alle Schiffe der Kriegsmarine ihre Topplagen halbfeld gesetzt.

Verordnung über den Handel mit Vieh

Reuerrichte Viehhandelsbetriebe genehmigungspflichtig. Im Reichsgefeßblatt ist eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über den Handel mit Vieh erschienen. Nach dieser Verordnung bedürfen Betriebe, die mit Vieh Handel treiben oder künftig treiben wollen, der Zulassung. Dies bedeutet gegenüber der bisherigen Regelung insoweit eine Veränderung, als bisher nur die Errichtung von Betrieben, die mit Schlachtvieh handeln wollen, einer Genehmigung bedürfte, während die Errichtung einer Genehmigungspflicht nicht unterlag. Die Zulassung ist nach der Neuordnung im Falle der persönlichen und sachlichen Eignung des Betriebesinhabers und des Betriebesleiters sowie im Falle eines wirtschaftlichen Bedürfnisses erteilt werden.

Viehhandelsbetriebe, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung nicht dauernd eingestellt sind, gelten als zugelassen. In diesen Viehhandelsbetrieben kann die Zulassung jedoch bis zum 31. Dezember 1937 widerrufen werden, wenn ein Betriebseigener oder ein Betriebesleiter beim Inkrafttreten dieser Verordnung nicht die erforderliche persönliche und sachliche Eignung hat. Im übrigen kann die Zulassung bei sämtlichen Viehhandelsbetrieben widerrufen werden, wenn ein Betriebseigener oder ein Betriebesleiter die für die Führung des Viehhandelsbetriebs erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

Den Vorschriften der Verordnung unterliegt der Handel mit Viehen, Rindvieh einschließlich Kalbern, Schweinen und Schafen, und zwar für Schlachtvieh sowie für Zug- und Zuchtvieh.

Geschäfts-Übernahme

Meinen werten Kunden in Spangenberg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß Herr Schuhmachermeister Heinrich Gehrt

beute das bisher von mir betriebene Schuhwaren-Geschäft mit Maß- und Reparaturwerkstatt übernimmt. Ich danke für das mir bewiesene Vertrauen und bitte, dies auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

August Siebert, Neustadt 57

Mit dem heutigen Tage übernehme ich das bisher von Herrn Schuhmachermeister August Siebert, Neustadt 57, betriebene

Schuhwaren-Geschäft

mit angeschlossener Maß- und Reparatur-Werkstatt

Es wird mein Bestreben sein, meine werthe Kundschaft gut, preiswert und schnellstens zu bedienen. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß ich durch den Besuch von Fachkursen in der Lage bin, bei Fußleidern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ich bitte deshalb alle Volksgenossen in Spangenberg und Umgebung um ihren geneigten Zuspruch.

Heinrich Gehrt, Schuhmachermeister

Kaufe laufend gebrauchte Personen- und Lastwagen aller Typen
Kaffeler Autoverwertung
H. Bachmann, Kassel-B.
Preißeigstr. 216 Auf 2319

Die Buchdruckerei
Hugo Munzer
empfiehlt sich zur
Herstellung von
Drucksachen

jeglicher Art für
Behörden und
Private
in modernster
Ausführung

Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP
Sonntag, den 31. Januar 1937, 19.30 Uhr
im Saal der Gaststätte „Schützenhaus“

Konzert
des Gaumusikzuges Kurheffen
der NSDAP
Ab 21 Uhr: Tanz

Preis: RM 0,80 für Konzert und Tanz
RM 0,50 für Konzert ohne Tanz
RM 0,50 für Tanz ohne Konzert

Das Beschneiden lebender Hecken ist in der Zeit von 1. März bis 31. Juli verboten. Es empfiehlt sich, das Beschneiden alsbald vorzunehmen.
Spangenberg, den 25. Januar 1937.
Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde
Fenner.

Leset die Spangenger Zeitung